ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Braml, Josef

Article

Energieversorgung: Welche Alternativen hat Europa? – Europas eigene Energie

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Braml, Josef (2014) : Energieversorgung: Welche Alternativen hat Europa? – Europas eigene Energie, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 67, Iss. 09, pp. 3-5

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/165417

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Energieversorgung: Welche Alternativen hat Europa?

Europas eigene Energie

Wladimir Putins völkerrechtswidrige Annexion der Krim und der mögliche Staatszerfall der Restukraine haben den Europäern einmal mehr ihre Ohnmacht, weil Abhängigkeit von Russlands Energielieferungen, vor Augen geführt. Trotz politischer Rhetorik, diese Schwäche zu beseitigen, wird die gegenseitige Energieabhängigkeit auf absehbare Zeit bestehen bleiben, könnte aber, nicht zuletzt dank der erneuten Krise, merklich verringert werden.

Dritte Krise, dritte Chance

Die jüngste Geschichte zwischen der ehemaligen Sowjetrepublik und Russland ist geprägt von Auseinandersetzungen um Energielieferungen. Moskau sitzt dabei immer wieder am längeren Hebel. Der staatlich gelenkte Konzern Gazprom kann unter anderem Forderungen für bisherige Lieferungen machtpolitisch instrumentalisieren und Kiew damit drohen, den Hahn abzudrehen, falls das bankrotte Land seine Schulden nicht begleicht.

Viele Länder Europas machen sich Sorgen, dass die Krise in der Ukraine ihre eigene Energiesicherheit gefährdet. Immerhin beziehen die Europäer ein Drittel ihrer Gasversorgung aus Russland, die Hälfte davon wird über das Transitland Ukraine geliefert. Es besteht die Gefahr, dass Kiew – wie schon 2006 – seine europäischen Freunde wieder in die Solidaritätspflicht nimmt, indem es im Fall eines russischen Lieferstopps die für Europa bestimmten Energielieferungen beansprucht. Während die Versorgung Deutschlands im Januar 2006 von der ersten Krise um russische Energielieferungen an die Ukraine nicht beeinträchtigt wurde, gab es im Januar 2007 größere Aufregung, als in der Weißrusslandkrise die Zufuhr russischen Erdöls durch die Druzhba-Pipeline nach Deutschland unterbrochen wurde.

Schon damals war der rhetorische Tatendrang groß, Journalisten forderten und Politiker gelobten, das Problem der Energieabhängigkeit zu lösen. Doch selbst Europas Ziel, einen einheitlichen und zuverlässigen EU-Binnenmarkt für Strom und Gas sicherzustellen, bleibt nach wie vor eine Wunschvorstellung; sie sollte endlich realisiert werden. Einer der Hauptschwachpunkte des europäischen Energiemarktes ist immer noch die fehlende Integration der nationalen Energiemärkte, insbesondere der Strommärkte.

Ebenso wenig gibt es im Außenverhältnis eine gemeinsame europäische Energiepolitik. Mittels exklusiver bilateraler Abkommen mit europäischen Unternehmen kann Moskau nach wie vor seine Energiemacht nutzen, um die Nachfragekonkurrenz um den Zugang zu russischen Energieressourcen zu verschärfen und damit auch die Staaten und Energieunternehmen Europas gegeneinander auszuspielen. Dem Kreml ist es gelungen, mit seinen Pipelineplänen (Blue Stream) die europäischen Anstrengungen zur Diversifizierung (Nabucco) zu untergraben.

Josef Braml*

Lösungsversuche aus der gegenseitigen Abhängigkeit

Im Licht der gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen Russland und Europa erscheinen westliche Drohungen widersinnig, durch den Verzicht auf Öl- und Gasimporte das russische Regime an seiner empfindlichsten Stelle treffen zu wollen. Gleichwohl ist zu hoffen, dass die Europäer diese Krise nutzen werden, um ihre Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern. Obschon dazu längerfristige Anstrengungen nötig sind, ist es höchste Zeit, damit anzufangen. Denn auch die russische Führung ist inbegriffen, sich schrittweise aus der gegenseitigen Abhängigkeit mit Europa zu lösen.

Es ist richtig, dass Moskau selbst in der Zeit des Kalten Krieges stets ein zuverlässiger Energielieferant war. Auch heute bleibt die russische Führung gut beraten, ihre wichtigsten Abnehmer in Westeuropa

* Dr. Josef Braml leitet seit Oktober 2006 bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) die Redaktion des »Jahrbuch Internationale Politik«. Der beim Oldenbourg-Verlag erschienene Band 27 beschäftigt sich mit »Weltverträglicher Energiesicherheitspolitik«.

nicht zu verprellen. Denn die Stabilität des russischen Regimes, dessen sozial- und wirtschaftspolitischen Leistungen für seine Bürger viel zu wünschen übrig lassen, hängt wesentlich von den Einnahmen aus den Energieexporten ab. Sollten die verkauften Mengen an Öl und Gas oder der dafür veranschlagte Preis spürbar sinken, wäre auch Putins autokratische Herrschaft massiv gefährdet. Die russische Führung wird deshalb versuchen, ihre Kundschaft zu erweitern. Neben den Europäern sollen künftig auch energiebedürftige asiatische Länder mit russischen Rohstoffen versorgt und damit Einnahmen und Regime dauerhaft gesichert werden.

Insbesondere China, dessen wirtschaftliche Entwicklung von Energieimporten abhängt, hat ein vitales Interesse, seine Energielieferungen zu diversifizieren. Da Chinas Versorgung aus Afrika und dem Mittleren Osten vielerorts (etwa an der Straße von Malakka, eine Meerenge in Südostasien) durch die USA blockiert werden können, ist das Reich der Mitte um Alternativen bemüht. Es kommt nicht von ungefähr, dass der 2013 gewählte chinesische Staatspräsident Xi Jinping seinen ersten Auslandsbesuch dem russischen Machthaber Putin abstattete, um die Wirtschaftsbeziehungen zu verbessern.

Die Strategie des vom Kreml gelenkten Pipelinekonzerns Transneft ist schon seit geraumer Zeit nach Asien gerichtet, um die Pazifikregion, insbesondere China, Südkorea und Japan mit Öl zu beliefern. Über die Eastern Siberia-Pacific Ocean (ESPO) Pipeline bezieht China mittlerweile schon mehr Öl aus Russland als Deutschland. Im Februar 2014 präsentierte Transneft Pläne, in den nächsten sechs Jahren knapp 10 Mrd. Dollar zu investieren, um die Kapazität der ESPO-Pipeline zu verdoppeln.

Die Ausweitung der Pipeline-Kapazitäten ist nötig, um die auf 25 Jahre angelegte, 270 Mrd. Dollar umfassende Vereinbarung zwischen dem russischen Öl-Giganten Rosneft und der chinesischen China National Petroleum Corporation (CNP) umzusetzen. Auch der staatlich gelenkte Energiekonzern Gazprom plant, eine Pipeline nach China zu bauen. Vielleicht werden die entsprechenden Verträge schon im Mai 2014 beim anstehenden China-Besuch Putins unterzeichnet.

Die immensen Investitionen kann insbesondere China aufbringen. Zumal das Reich der Mitte seit der von den USA verursachten Wirtschafts- und Finanzkrise damit begonnen hat, sich von der Interdependenz mit den USA zu lösen, zunehmend Währungsreserven aus der »Dollar-Falle« nimmt und die eigene Währung behutsam internationalisiert. Auch Moskau hat ein schon seit Längerem bekundetes Interesse, den Dollar als einzige Weltleitwährung abzulösen, um ein multipolares Währungssystem zu etablieren. China und Russland könnten dazu beitragen, indem sie ihre Handelsgeschäfte über ihre Währungen (zunächst in Form von Swaps) abwickeln.

Höhere Energiepreise absehbar

Egal über welche Währung diese Transaktionen beglichen werden, Konkurrenz wird das russische Öl- und Gasgeschäft beleben. Die Europäer müssen langfristig mit höheren Preisen rechnen. Auch die Aussicht auf billiges, in großen Mengen durch unkonventionelle Fördermethoden wie Fracking gewonnenes Erdgas aus den USA bietet keine Perspektive. Geopolitisch fixierte Kommentatoren, die ein transatlantisches Gegengewicht zu Russlands Energiemacht fordern, übersehen wirtschaftliche Zusammenhänge. Es fehlt hüben wie drüben an aufwändiger Infrastruktur, die es ermöglicht, Erdgas für Transportzwecke zu verflüssigen bzw. wieder in Gasform zu verwandeln. Ob die enormen Investitionen für Kapazitäten im Bereich des Liquefied Natural Gas (LNG) getätigt werden, ist in freien Marktwirtschaften eine Frage des Preises. Anders als die staatlich gelenkten Energiekonzerne Russlands, die ihre Geschäftsbeziehungen häufig geopolitischen Zielen des Kremls unterordnen müssen, können amerikanische Firmen nicht dazu gezwungen werden, in weniger aussichtsreiche Projekte zu investieren. Auch können sie nicht dazu angehalten werden, Gas nach Europa zu liefern, wo sie (nicht zuletzt aufgrund der derzeitig noch variablen Preispolitik Russlands) sehr viel weniger erhalten würden, als die Asiaten zu zahlen bereit sind.

Des Weiteren gibt es auch noch eine politische Hürde: Energiehungrige amerikanische Industriezweige, die durch verstärkte Gasexporte ihren gegenwärtigen Standortvorteil billiger Energiekosten verlieren würden, werden massiven politischen Einfluss nehmen, um Exportlizenzen zu verhindern, mit der wirkmächtigen Begründung den »Wirtschaftsaufschwung«, ja die sogenannte »Reindustrialisierung« der wirtschaftlich weiterhin angeschlagenen Weltmacht nicht zu gefährden. Es ist nicht auszuschließen, dass die USA, die aufgrund ihrer ausgeprägten Energieabhängigkeit bislang darum bemüht waren, Energiebeziehungen multilateralen Regeln unterzuordnen, im Vertrauen auf ihre erhoffte »Energieunabhängigkeit« nunmehr selbst zu protektionistischen Tendenzen verleitet werden.

Schließlich bleibt abzuwarten, ob sich der »Ölrausch« in den USA bei nüchterner Ex-post-Betrachtung nicht doch noch als Blase herausstellt. Zum einen ist zu befürchten, dass das billige Geld der US-Notenbank (Stichwort: quantitative Lockerung) auch im Energiebereich bereits zu Fehlallokationen geführt hat. Viele kleinere Pionierunternehmen die von Private-Equity-Firmen finanziert und vertraglich zu Mindestmengen verpflichtet wurden, können aufgrund des gegenwärtigen Überangebots und Preisverfalls nicht mehr ihre Investitions- und Produktionskosten decken. Die meisten Pioniere werden sich wirtschaftlich zu Tode »fracken«. Wie in neuen Märkten üblich, wird sich auch der Fracking-Markt bereinigen, wenige größere Anbieter werden übrig bleiben. Die Preise werden dann wieder steigen, zu-

mal auch die konventionelle Gasförderung bereits merklich abgenommen hat.

Marktversagen beheben

Anstatt sich in Sicherheit (der Abnahmeabhängigkeit Russlands von Europa) zu wiegen oder auf amerikanische Energie-Care-Pakete zu warten, sollte Europa sich ernsthafte eigene Gedanken machen, seine Energieabhängigkeit zu vermindern. Neben der Diversifizierung der Energieanbieter und Energieträger, insbesondere der weiteren Förderung erneuerbarer Energien, ist Energiesparen, also Reduzierung der Nachfrage, zukunftsweisend.

Alle Möglichkeiten, die Energieanbieter zu diversifizieren, sind begrenzt und eher langfristig umsetzbar. Europa sollte sich klar machen, dass etwa Gaslieferungen aus Aserbaidschan, Irak, Iran oder Nordafrika wegen der politischen Unwägbarkeiten und wirtschaftlichen Hürden wenn überhaupt, nur eine langfristige Option darstellen. Des Weiteren ist zu erwarten, dass die Förderung fossiler Rohstoffe in Norwegen, Großbritannien und in den Niederlanden eher sinken als steigen wird.

Umso ratsamer ist es, die Energieträger zu diversifizieren und dabei vor allem auf heimische Wertschöpfung zu setzen. Zwar könnte (aus den USA importierte) Kohle helfen, bei der Stromerzeugung Gas zu ersetzen. Doch die Umweltbilanz ist bei den gegenwärtigen technischen Standards noch problematisch. Trotz aller Schwierigkeiten und vielfältigen Reformbedarfs weist die deutsche Energiewende in die richtige Richtung. Erneuerbare Energien sind Energieträger der Zukunft. Dank der Produktion von Energie aus Sonne, Wind, Biomasse und Erdwärme ist der Bedarf an russischem Erdgas zur Verstromung bereits merklich gesunken.

Märkte können die Herausforderungen durch die Macht der Anbieter fossiler Energien, den Klimawandel und das Problem unzureichender Forschung ebenso wie die mit hohen Ölpreisen verbundenen Verteilungsfragen nicht ohne politische Flankierung lösen. Marktunvollkommenheiten wie oligopolistische Marktstrukturen und die Nichtberücksichtigung negativer externe Effekte wie CO_2-Belastung und positive externe Effekte der Forschung und Entwicklung rechtfertigen, ja sie erfordern, staatliche Eingriffe.

Um das – allen öffentlichen Gütern wie Innovation – inhärente Marktversagen zu beheben, könnten innovationsorientierte europäische Regierungen verstärkt die Forschung und Entwicklung von energieeffizienzsteigernden Techniken und erneuerbaren Energien fördern. Aufgrund seiner Pionierrolle in den Bereichen Energieeffizienz und Energietechnik sollte Deutschland durch staatliche Forschungsförderung seinen Vorsprung bei energietechnologischen Innovationen ausbauen und wirtschaftlich nutzen. Dadurch würden nicht nur neue volkswirtschaftliche Wachstumsimpulse entstehen, sondern auch die Energieversorgungssicherheit der Verbraucherländer verbessert, der Treibhauseffekt eingedämmt und die Machtverhältnisse in den Weltenergiemärkten neu austariert.

Ressourcenfluch und Regime(in)stabilität

Auch jene Länder, die noch über üppige Reserven verfügen, sollten sich angesichts der Korruption im Falle staatlich dominierter Rohstoffausbeutung und der grassierenden Holländischen Krankheit Gedanken über alternative wirtschaftliche Wertschöpfung machen, um dem sogenannten Ressourcenfluch zu entgehen. Aus Rohstoffreichtümern könnten Entwicklungshilfefälle werden. Wer weiß, vielleicht wird künftig nicht ein energiepotentes Russland, sondern eine zerfallende russische Autokratie den Westen vor noch größere Herausforderungen stellen.

Derzeit kann Putin von der mangelnden »Output-Legitimation«, der Schwäche seiner Regierung im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, noch durch eine anti-westliche Propaganda ablenken. Die unbefriedigten Grundbedürfnisse seiner Bevölkerung nach sozialer und ökonomischer Sicherheit werden durch Konsum einer bewährten Massendroge überkompensiert: Nationalismus, der durch Abgrenzung von äußeren Feinden geschaffen wird. Der Westen muss als Sündenbock für die eigenen Reformversagen und Missstände herhalten.

Die Androhung von Wirtschaftssanktionen ermöglicht es Putin umso mehr, ein patriotisches Wir-Gefühl zu schaffen. Sanktionen im Energiebereich schaden Europa selbst – unmittelbar und auf lange Sicht: Sie bestärken Putin darin, seine nach Asien gerichtete Diversifizierungsstrategie mit noch größerer Dringlichkeit zu forcieren.

Die USA und europäischen Staaten sollten sich kritisch hinterfragen, ob ihre ohnehin schwierigen Bemühungen um gemeinsam getragene Sanktionen eher außen- oder innenpolitisch motiviert sind: Können sie wirklich das Verhalten des Machthabers im Kreml beeinflussen, oder sind sie vielmehr an die eigene Öffentlichkeit adressiert, um die eigene Handlungsschwäche zu kaschieren? Anstatt der symbolischen Politik, die Putin hilft, die Unterstützung seiner Landsleute wiederzugewinnen, wäre es wohl besser, die derzeit noch ausgeprägte Abhängigkeit einzugestehen und diese erneute Krise zu nutzen, um die eigene (intellektuelle) Energie Europas in zukunftsgerichtete Bahnen zu lenken.